



INITIATIVEN DER SP AARGAU

SP-Initiativen sind nötig

Am 23. Dezember 2009 reichte die SP Aargau 11146 Unterschriften für die drei kantonalen SP-Volksinitiativen «Chancen für Kinder – zusammen gegen Familienarmut», «Für eine sichere Aargauische Kantonbank» und «Für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung im Kanton Aargau» ein. Wann diese zur Abstimmung kommen, steht noch nicht fest. Die drei Themen behalten aber ihre Aktualität. Die SP Aargau organisiert sich nun für die Abstimmung(en). Jeannette Egli, Thomas Leitch, Cédric Wermuth

Keine armen Familien, keine armen Kinder

JE. Die Problematik von Armut und sozialer Ausgrenzung bei Kindern und Jugendlichen ist komplex. Nichtsdestoweniger muss sie in den Fokus der Politik gerückt werden, denn sie bedroht die Zukunft unserer Gesellschaft. Kinder sind nicht nur Teil einer armen Familie, sondern eigenständige Personen, die in besonderem Masse an den Folgen von materieller und immaterieller Armut ihrer Eltern leiden. Die Einführung von Kinderbeihilfe für einkommensschwache Familien ist ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut. Viele Sozialhilfebezüge können damit verhindert werden.

Mit der Initiative «Chancen für Kinder – zusammen gegen Kinderarmut» weist die SP Aargau auf einen gesellschaftlichen Skandal hin. Indem sie die Sozialpolitik ins Zentrum ihres Handelns stellt, nimmt sie die wirklichen Sorgen der Bevölkerung ernst.

Unsere erfolgreiche AKB soll weiterhin dem Kanton gehören

ThL. Die aktuelle Bankenkrise zeigt, wie rasch Grossbanken, die unverantwortbare Risiken eingegangen sind, in Krisen geraten. Nicht so unsere Kantonbank (AKB). Von ihr hat der Aargau in den letzten zwölf Jahren mit über 1,5 Milliarden Franken profitiert, und die Bank hat soeben mit dem zweithöchsten Bruttogewinn ihrer Geschichte gezeigt, dass man auch in Krisenzeiten gut arbeiten

kann. Mit einem Gesamttotal von 72,8 Millionen Franken liefert sie die höchste Ablieferung an den Kanton seit ihrem Bestehen. Nur unsere Volksinitiative «Für eine sichere Aargauische Kantonbank» garantiert, dass diese kerngesunde Bank nicht an Private verschertelt wird, sondern weiterhin vollständig im Eigentum



des Kantons verbleibt, so dass alle Aargauerinnen und Aargauer und die KMU weiterhin von ihrem Gewinn profitieren können.

Wir brauchen eine vernünftige Energieversorgung

CW. Die SP hat eine Grossoffensive für neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien eingeläutet: Auf nationaler Ebene wurde die Cleantech-Initiative soeben lanciert. Sie will den Energiebedarf der Schweiz bis 2030 zu 50 Prozent aus erneuerbaren Energien decken. Im Aargau haben wir unsere Initiative «Für eine sichere

und nachhaltige Energieversorgung» bereits eingereicht. Diese Initiative soll sicher stellen, dass die Aargauischen Energiewerke AEW nicht aus kurzfristigen Überlegungen privatisiert werden. Für die SP ist klar: Die Zukunft der Schweiz ist erneuerbar! Die erneuerbaren Energien bieten die Chance auf Tausende neue, sichere und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze in der Schweiz und gerade auch im Aargau. Packen wir's an!

Am 2. März hat sich eine in Bezirken und Parteigremien gut verankerte Arbeitsgruppe unter Leitung von Parteipräsident Marco Hardmeier zum ersten Mal seit der Unterschriften-Einreichung getroffen, um den Abstimmungskampf rechtzeitig zu organisieren.

Wir wollen zusammen mit unseren Parteimitgliedern den Initiativen zum Erfolg verhelfen, wenn diese dann an die Urne kommen!

Jeannette Egli Schläpfer von Bremgarten ist Schulleiterin und Präsidentin des Trägervereins der Jugend- und Familienberatungsstelle des Bezirks Bremgarten. Sie war von 2004 bis 2008 Parteisekretärin der SP Aargau.

Thomas Leitch von Wohlen ist Sekundarlehrer und Grossrat. Von 1996 bis 1998 war er Co-Präsident der SP Aargau.

Cédric Wermuth von Baden studiert Politologie und ist Einwohnerrat, Präsident der Juso Schweiz und Vizepräsident der SP Schweiz.

EDITORIAL

Ansporn

In der zweiten Säule gibt es grossen Handlungsbedarf. Das zeigt die Abstimmungskampagne.



Und das zeigte das klare Resultat. Das Nein geht aber weit über die zweite Säule hinaus. Das Nein ist auch Ausdruck

einer verbreiteten Missstimmung. Dies, weil die UBS nach wie vor gleichzeitig mit der Ankündigung von Milliardenverlusten auch Milliardenboni ausschüttet. Weil die Politik nicht bereit ist, das grösste Finanzmarktdebakel der Schweizer Geschichte transparent und offen aufzuarbeiten. Weil das Parlament auf die hohen Arbeitslosenzahlen nur mit Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung antwortet. Weil es immer noch keine Lösung beim Abzocker-Problem gibt. Um die Missstimmung zu beseitigen, braucht es Antworten. Sozialdemokratische Antworten: Volle Transparenz bei der Aufarbeitung der Finanzmarktkrise und damit eine PUK. Eine Beschränkung der UBS-Boni und eine Stärkung der Eigenmittel der Banken. Griffige Regeln gegen Lohnexzesse und damit ein Ja zur Abzockerinitiative. Weiterbildungsmassnahmen statt Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung. Ein flexibles AHV-Rentenalter statt weiter Rentenabbau. Zwei konkrete Antworten liefern wir in diesen Tagen: Mit dem Start des SP-Referendums gegen den Abbau bei der Arbeitslosenversicherung. Und mit der Lancierung der SP-Initiative «Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien». Dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung die gleichen Missstände sieht wie die SP, ist dabei Auftrag und Ansporn zugleich.

Thomas Christen von Bern ist Generalsekretär der SP Schweiz.

INTERVIEW

Friedensarbeit in Südosteuropa

links.ag: Stefan Dietrich, wer bist Du?

Stefan Dietrich: Ich komme aus dem Städtedreieck Nürnberg-Fürth-Erlangen. Seit fünf Jahren lebe ich mit meiner Partnerin in der Schweiz, 2007 wurde unser Sohn geboren. Politisiert wurde ich durch die gewaltsame Desintegration Jugoslawiens. Mein politisches Engagement ist eng mit der Friedensbewegung verbunden. Seit 1993 bin



ich aktives Mitglied der SPD und von VerDi (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft in Deutschland). Als JUSO-Vorsitzender, SPD-Vorstandsmitglied und Mitarbeiter von MdB Marlene Rupprecht konnte ich wertvolle Erfahrung in der Parteiarbeit und in Wahlkämpfen sammeln, in Friedenskonferenzen mit internationalen Gästen und in der Unterstützung von linken Friedensaktivisten in Südosteuropa. Nach dem Zivildienst (Arbeiterwohlfahrt) studierte ich in Wien Geschichte und arbeitete für Freimut Duve als wissenschaftlicher Begleiter eines Friedensprojektes. Seit Studienabschluss bin ich an der Universität Zürich in einem Forschungsprojekt mit Schwerpunkt Nationalismus- und Gedächtnisforschung in Ost- und Südosteuropa tätig.

Wo möchtest Du Dich in der SP engagieren?

Internationale Themen (europäische Integration, Friedensarbeit) interessieren mich besonders, ebenso Bildungs- und Integrationsfragen. Und Kampagnen.

Wo sollte sich die SP Aargau einsetzen?

Die Arbeitslosigkeit steigt: Mit Vorrang in einer nachhaltigen Beschäftigungs- und einer auf Chancengleichheit ausgerichteten Bildungspolitik, und in verkehrs- und umweltpolitischen Fragen.

Der Historiker **Stefan Dietrich** von Bremgarten ist seit Januar 2010 Mitglied der SP Aargau. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.

AUSWIRKUNGEN DER KVG-REVISION AUF DEN AARGAU

Kein Spardruck auf Pflege – es

Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) ist seit 2009 in Kraft. Die damit verbundene Umverteilung der Kosten muss bis 2011 von den Kantonen umgesetzt werden. Was heisst das für den Aargau?

kk. Seit Januar 2009 ist die KVG-revidierte Spital- und Pflegefinanzierung, mit der Kosten von den Versicherern an die Kantone verschoben wurden, in Kraft, bis 2012 beziehungsweise bis 2011 muss sie kantonal funktionieren. Für den Aargau wird ein jährlicher Mehraufwand im Spital- und Langzeitpflegebereich von rund 260 Millionen Franken erwartet. Kanton und Gemeinden müssen diese noch unter sich aufteilen. Für Investitionen im Akut- und Langzeitpflegebereich braucht es eine weitere Milliarde Franken. Bisher war man – mit erst provisorischen Zahlen von Bern – von 70 Millionen Mehrkosten ausgegangen.

Was muss, was darf im Akut- und Langzeitpflegebereich im Aargau nicht ändern mit der neuen Finanzierung? Welche Alternativen zum jetzigen System in der Versorgung und in der Finanzierung sind denkbar? Barbara Roth, Präsidentin der grossrätlichen Gesundheitskommission, nimmt hier Stellung. In der Mai-Nummer wird Marco Hardmeier gesundheitspolitisch Position beziehen.

Barbara Roth: Kein Spardruck auf die Pflege!

Der Kanton Aargau hat heute eine gute Gesundheitsversorgung für seine gesamte Bevölkerung. Die KVG-Revision bringt kein Mehr- oder Neuangebot an medizinischen und pflegerischen Leistungen. Obwohl dies die bürgerlichen GesundheitspolitikerInnen wissen, wollen sie bei der notwendigen Anpassung der aargauischen Gesundheitspolitischen Gesamtplanung und der Spital- und Pflegegesetzgebung die KVG-bedingten Mehrkosten für den Kanton mit einem Leistungsabbau mindestens teilweise kompensieren. Dies wird nicht offen, sondern mit der Forderung nach mehr Wettbewerb unter den Leistungserbringern geäussert. Stehen diese unter einem von der Politik verordneten finanziellen Spardruck, verzichten sie erfahrungsgemäss nicht auf Konkurrenz im medizinischen Hightech-Bereich. Zuerst kommen jeweils die Rationierung der pflegerischen Leistungen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Angestellten. Dies muss die SP mit allen Mitteln verhindern. Die pflegerischen Leistungen am Krankenbett, eine optimale Aus- und Weiterbildung und eine gute Entlohnung der Angestellten sind auch künftig

das unabdingbare Grundkapital zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten und qualitativ guten Gesundheitsversorgung der Aargauer Bevölkerung.



JUSO ZIEHEN BÄDERQUARTIER-ENTSC

Wohnbaupolitik

Wegen Hausfriedensbruchs erhielten über zwanzig an der Verena-Hof-Besetzung vom Januar 2009 beteiligte Aargauer JungsozialistInnen vom Badener Bezirksamt eine Strafe. Diesen Entscheid ziehen neun von ihnen weiter. Ihr Standpunkt: Es gehe hier nicht um ein Delikt, sondern um die Ausübung ihrer verfassungsmässigen politischen Rechte. Und um Verhältnismässigkeit, so der Rechtsvertreter der Juso. Katharina Kerr

Am 3. März stellten die Juso an einer Medienkonferenz in Baden fest: «Für die Juso Aargau ist das Urteil politisch motiviert und somit das Strafmass massiv überrissen. Mit einer politischen Aktion machte die Juso am Abend des 24. Januars 2009 auf den mangelnden bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Baden aufmerksam. Die politische und friedliche Aktion fand in einem einzigen Raum eines leerstehenden und abbruchreifen Gebäudes statt.» Der Verena-Hof, um den es hier geht, steht nicht nur seit

gibt Alternativen

Spitallandschaft halten, alles besser vernetzen

Die Spitallandschaft Aargau mit dem Kantonsspital Aarau als Zentrumsspital, dem Kan-



tonsspital Baden als Schwerpunktspital und den Regionalspitälern soll weiter bestehen. Allerdings haben sich die Regionalspitäler auf ihren Leistungsauftrag der Grundversorgung zu beschränken. Anstatt sich mit quantitativ viel zu kleinen spezialmedizinischen Leistungsangeboten hervortun zu wollen, sollten sie sich auf den Auf- und Ausbau einer bedarfsgerechten Übergangs- und Palliativpflege konzentrieren. Die kantonale und interkantonale Zusammenarbeit aller Leistungserbringer im Gesundheitswesen muss verstärkt werden. Die Neugestaltung der heute geltenden Kostenverteilungsschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden in der Spital- und Langzeitpflegefinanzierung darf kein Tabuthema sein.

Barbara Roth von Erlinsbach ist Präsidentin der grossrätlichen Kommission für Gesundheit und Sozialwesen.



HEID WEITER

oder Strafsache Bäderquartier

2002 leer, er stand auch offen. Das ehemals gepflegte Badehotel ist heute gemäss Homepage ein «laufendes Projekt».

Nachdem Verenahof-Managerin Christine Zehnder im Januar 2009 von der Juso-Aktion vernommen und sich an den «Tatort» begeben hatte, fand sie auch eine Sachbeschädigung – in der Folge gab es eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Letztere konnte in diesem offenen Haus aber nicht nachgewiesen werden. Zwanzig der am 24. Januar im Verenahof rund hundert Anwesenden wurden vom Bezirksamt zu 300 Franken und «20 Tagessätzen» (was nach altem Recht 20 Tagen Haft entsprach) bedingt verurteilt. Ein etwas willkürliches, sicher aber zu hartes Urteil, finden die Juso und ihr Rechtsvertreter David Chaksad. Einer hat es mit Erklärung akzeptiert: Juso-Schweiz-Präsident und SP-Vizepräsident Cédric Wermuth. Er will seine Person aus dem Spiel nehmen und damit den Blick auf das Ziel der «Aktion» freigeben. «Wir als JungsozialistInnen setzen uns dafür ein, dass bezahlbares und komfortables Wohnen nicht länger ein Privileg der reichen Oberschicht bleibt, sondern für alle zugänglich wird», meinte die

Präsidentin der JUSO Aargau Andrea Arezina an der Medienkonferenz*.

Das Bezirksgericht Baden wird nun entscheiden müssen, ob die als politische Demonstration organisierte «Hausbesetzung» unter dem Blickwinkel der Verhältnismässigkeit wirklich strafrechtlich beurteilt werden muss oder ob den Juso hier die Ausübung ihrer verfassungsmässigen politischen Rechte zugute gehalten werden soll. Möglich wäre eine verbale Verurteilung ohne strafrechtliche Konsequenzen. Dies, wenn das Gericht zur Auffassung gelangen würde, dass die Justiz mit dem Geld des Volkes noch gewichtigere Tatbestände zu beurteilen hat. Sonst wäre der Rechtsstaat Schweiz um einen kleinen politischen Prozess reicher.

* siehe den Artikel von Andrea Arezina «Wohnraumbühne der SP Baden. Bezahlbares Wohnen für alle!» in links.ag 107 vom Februar 2010.

Katharina Kerr von Aarau ist links.ag-Redaktorin.



KOMMENTAR

Vom Umgang mit fremdem Geld

Am 7. März stand die von Bundesrat, Parlament und allen bürgerlichen Parteien massiv unterstützte Vorlage zur Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen zur Abstimmung. Vordergründig waren die Zahlen klar:

Längere Lebensdauer, schlechtere Renditen. Also kleinere Renten.



Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben der Vorlage eine brutale Abfuhr erteilt. Nicht aus Unwissen oder blosser Wut über

Abzocker und Milliardenboni. Nein: Sie haben gut hingeschaut. 600 Millionen fehlen angeblich an Prämieinnahmen pro Jahr, um mit dem bereits vor kurzem auf 6,8 Prozent reduzierten Umwandlungssatz durchzukommen. Weit über 4000 Millionen jedoch verschwinden jährlich als Provisionen, Honorare und weitere Zuwendungen in den Kassen von Anlageberatern, Versicherungen und Banken. 72,6 Prozent haben deshalb richtig gerechnet, als sie Nein auf ihren Stimmzettel geschrieben haben.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land erwarten zu Recht, dass mit ihrer Altersvorsorge und mit ihrem Steuergeld sparsam umgegangen wird. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen wir in der doppelten Pflicht: Wir haben überall dafür einzustehen, dass die Bürgerinnen und Bürger für ihr Geld einen grösstmöglichen Gegenwert erhalten. Und wir dürfen es nicht zulassen, dass mit zweierlei Ellen gemessen wird, indem die einen abkassieren und den anderen ein Leistungsabbau verordnet wird. Der sorgfältige Umgang mit fremdem Geld ist ein Teil der Gerechtigkeit, wie wir sie verstehen.

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat.

TAG DER ARBEIT 2010 – 1. MAIFEIERN IM KANTON AARGAU



SGB|USS

Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Union syndicale suisse
Unione sindacale svizzera

1. Mai 2010

**Arbeit, Lohn und Rente
statt Profit und Gier!**

FREITAG, 30. APRIL

BEZIRK KULM

18 Uhr: Maifeier Waldhaus Reinach
19.30 Uhr Ansprachen von **Marco Hardmeier**, Präsident SP Aargau, Aarau, und **Serge Gnos**, Unia Aargau. Moderation: **Klara Häfliger**, Präsidentin SP Reinach
ab 18 Uhr: Festwirtschaft, Marktstand Weltladen, Infostände

SAMSTAG, 1. MAI

AARAU

16 Uhr: Umzug ab Bahnhofstrasse bei Kantonalbank (Besammlung 15.30 Uhr)
16.30 Uhr: Ansprachen auf dem Kirchplatz von **Daniel Lampart**, Chefökonom SGB, Bern, **Serge Gnos**, Gewerkschaftssekretär Unia Aargau, und **Andrea Arezina**, Co-Präsidentin Juso Aargau, Baden. Moderation: **Franziska Graf**, Einwohnerrätin SP, Aarau Rohr

Ab 15 Uhr, Kirchplatz: Festwirtschaft, Info- und Marktstände, Musik mit «Moni Moni@the Blackbox», Poetry Slam mit **MightyMeg** (Marguerite Meyer)

BADEN

(Bezirke Baden und Zurzach)
11 Uhr: Festbeginn auf dem Bahnhofplatz
11.10 Uhr: Platzkonzert der Stadtmusik Baden
12.30 Uhr: **Simona Hofmann**, Bewegungsschauspielerin
14 Uhr: Kundgebung durch Baden
Ansprachen: 11.30 Uhr von **Pascale Bruderer Wyss**, Nationalratspräsidentin, Nussbaumen; 13.30 Uhr von **Kurt Emmenegger**, Grossrat SP, Präsident AGB, Baden; 15 Uhr von **Besir Kisa**, DIDF (türkische demokratische Arbeitervereine), Neuenhof. Moderation: **Forum 1. Mai Baden**, **Barbara Bircher**, Einwohnerrätin SP, Baden

11–21 Uhr, Bahnhofplatz: Festwirtschaft & Grill, Mittags auch Kinderprogramm
15.30 Uhr: Konzert «les trois ruusch»
19–20 Uhr: Abendprogramm JUSO mit den Sängerinnen **Aline Maria Studer** und **Rislane el Harat**

LENZBURG

11 Uhr, Metzplatz: Start Festwirtschaft und Musik, Begrüssung
Ansprachen: 13 Uhr von **Benjamin von Wyl**, Sekretär Juso Aargau, Pfeffikon; 15 Uhr von **Martina Flühmann**, Sekretärin Unia Aargau; 17 Uhr von **Doris Stump**, Nationalrätin SP, Wettingen. Moderation: **Kathrin Nadler**, Grossrätin, Lenzburg
Festbetrieb & Tischfussball, Brasil-Bar, Fruchtstand, Juso-Buffer mit Getränken und Kuchen, Grill, Musik mit «Jambalaya Mix» (Blues/Jazz/Latino). Ca. 19 Uhr: Festende

BRUGG

11.30 Uhr: Apéro in der Suppenbar (Storchengasse 8)
12.30 Uhr: Ansprache von **Max Chopard-Acklin**, Nationalrat SP, Gewerkschaftssekretär Unia, Nussbaumen. Moderation: **Rita Boeck**, Grossrätin SP, Co-Präsidentin SP Bezirk Brugg
11.30 Uhr: Apéro, kulinarisches aus der Suppenbar

RHEINFELDEN

(Bezirke Laufenburg und Rheinfelden)
Ab 11.30 Uhr, Clublokal Colonia Libera, Im Rumpel, Rheinfelden
14 Uhr (Inseli): Fahnenmarsch aufs Inseli, Feier mit deutschen KollegInnen, kleiner Apéro
16.30 Uhr, Ansprachen: Inseli: **Katrin Distler**, DGB, Präsidentin IGR Dreiländereck; Festplatz im Rumpel: **Urs Hofmann**, Regierungsrat, Aarau; **Bruno Baumann**, Industriesekretär Unia Nordwest-CH, Pratteln, und **Marco Trevisan**, CLI/Unia, Binningen. Begrüssung: **Eberhard Niethammer**, Oberbürgermeister Rheinfelden/D, und **Brigitte Rüedin**, SP, Frau Vizeammann Rheinfelden. Moderation: SP-Bezirkspräsidien Rheinfelden und Laufenburg
Ab 11.30 Uhr: Festbetrieb im Rumpel, Enzos Spaghetti, Unterhaltung mit Donato

ZOFINGEN

15 Uhr: Maifeier in der Markthalle
16 Uhr: Ansprachen von **André Daguet**, Unia, Nationalrat SP, Bern; **Sanja Kostić**, Studentin/JUSO, Strengelbach, und **Max Moor**, Gemeinderat, Vordemwald. Moderation: **Martin Zimmerli**, Präsident Maifeierkommission Zofingen
Infostände, Musik mit The Klezmer Quartet, Tombola
Ab 15 Uhr: Festbeiz der SP Oftringen

BREMgarten

(Bezirke Bremgarten und Muri)
Schellenhausplatz und Zeughausaal
18 Uhr: Apéro und Zirkus
19 Uhr: Ansprache von **Christian Levrat**, Präsident SP Schweiz, Vuadens. Moderation: **Jeannette Egli**, Präsidentin SP Bremgarten, und **Thomas Leitch**, Grossrat SP, Bezirkspräsident, Wohlen
19.30 Uhr: Essen Festwirtschaft, Familienzirkus Arabas, Duo Bösch & Emmenegger (Volksmusik, Tango)

OLTEN

14 Uhr: Demonstrationszug ab Bifangplatz Olten (Besammlung 13.30 Uhr)
15 Uhr: Ansprachen im Kulturzentrum Schützi von **Christine Flitner**, Zentralsekretärin vpod, Zürich, Co-Präsidentin SGB-Frauen; **Markus Baumann**, Sektionsleiter Unia Sektion Solothurn, Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, und **Alex Capus**, Schriftsteller, Präsident der SP Olten. Moderation: **Siv Lehmann**, 1. Mai-Fest-Komitee Olten
Fest mit italienischer Küche, Sangria, Bar, Tombola, Robinsonspielplatz
20 Uhr: Tripping (Rock Pop)
21.30–3 Uhr: Son de la Suiza (Latin Music) und DJ Whity

Aktuelle Reden ab 1. Mai (30. April)
www.agb.ch/1mai

AGENDA

20. April 2010
Geschäftsleitungs-Sitzung
17.30 Uhr Volkshaus, Aarau

8. Mai 2010
Ordentlicher Parteitag
in Reinach